Soziale Stadtpolitik BAND 3

Rolf Prigge, Jendrik Schröder

# Quartierszentren

in der Stadtgemeinde Bremen

Gutachten über die Ausgangslage, Weiterentwicklung und Förderung







Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

# Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen

Gutachten über die Ausgangslage, Weiterentwicklung und Förderung

Projektförderung:
Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit,
Jugend und Soziales, Bremen





Universität / Arbeitnenmerkammer Bremen

## Projektteam:

Rolf Prigge, Projektleiter (Diplom Verwaltungswirt) Jendrik Schröder (B. A. Politikwissenschaft, M. A. Sozialpolitik)

Projektförderung: Arbeitnehmerkammer Bremen

## UNIVERSITÄT BREMEN Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)

Forschungseinheit "Strukturwandel in Stadt und Region"

Universitätsallee 21–23 (Seekampgebäude) 28359 Bremen

Tel. 0421/218 3284 und 2294

Fax 0421/ 218 2680

Mail: rpigge@iaw.uni-bremen.de

www.iaw.uni-bremen.de/rprigge/Großstädte

### © 2010 KellnerVerlag Bremen • Boston

St.-Pauli-Deich 3 • 28199 Bremen Tel. 0421 - 77 8 66 • Fax 0421 - 70 40 58 sachbuch@kellnerverlag.de • www.kellnerverlag.de Herstellung: Manuel Dotzauer Titelfoto: Sebastian Bernhard, www.pixelio.de

ISBN 978-3-939928-52-2



#### Vorwort

Bremen gehört zu den zehn größten Städten in Deutschland. Von vielen wird unsere Stadt trotz der fast 550.000 Einwohnerinnen und Einwohner als "Dorf mit Straßenbahn" bezeichnet. Die Überschaubarkeit der Innenstadt, die menschliche Maßstäblichkeit der Bebauung in weiten Teilen der Stadt, die entwickelten sozialen Strukturen in den einzelnen Stadtteilen tragen dazu bei.

Bremens Stadtteile haben unterschiedliche Gesichter: Es gibt Stadtteile mit einem ländlichen Charakter, Stadtteile mit Geschosswohnungen, gehobene Wohngebiete mit viel Grün und innerstädtische Gebiete mit hoher Verdichtung. Diese Vielfalt zeichnet eine Stadt aus, die Menschen unterschiedliche Lebensstile und Wohnmöglichkeiten bieten will.

So positiv sich diese Vielfalt darstellt, so verbergen sich dennoch Probleme und Handlungsbedarfe in dieser Unterschiedlichkeit. Die Lebenschancen sind in den Bremer Stadtteilen unterschiedlich verteilt, wie man z. B. an der ungleichen Verteilung von Arbeitslosigkeit, Bildungsabschlüssen, Einkommen, Vermögen und Lebenserwartung ablesen kann und wie es der erste Armuts- und Reichtumsbericht "Lebenslagen im Land Bremen 2009" des Bremer Senats verdeutlicht hat. Ein Ausgleich ist im Sinne einer solidarischen Stadtgesellschaft nötig. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat daher die Stärkung des sozialen Zusammenhalts als wichtiges Ziel seiner Politik festgelegt und eine Schwerpunktsetzung in den Stadtteilen mit einem besonderen Handlungsbedarf vorgenommen.

Diese Schwerpunktsetzung drückt sich z. B. im Programm "Wohnen in Nachbarschaften (WiN)" aus, das seit dem Jahr 1999 läuft und inzwischen in 15 Quartieren der Stadt soziale Integrationsarbeit geleistet hat und weiterhin leistet. Wichtige Elemente dieses Programms sind feste Gebietsbudgets, über deren Verwendung die Akteure vor Ort bestimmen, sowie hauptamtliche Quartiersmanager/innen, die die Arbeit in den Gebieten vernetzen und koordinieren.

Bei der Umsetzung des Programms hat sich als wichtig herausgestellt, dass es in den Quartieren Orte gibt, an denen die Bewohnerinnen und Bewohner wohnortnahe Beratungsangebote nutzen können, sich treffen und Raum für gemeinsame Aktivitäten vorfinden. So sind in den einzelnen Gebieten Quartierszentren mit unterschiedlichen Bezeichnungen und Trägerschaften entstanden.

Um diesen Prozess auszuwerten und daraus allgemeine Schlüsse für die weitere Entwicklung zu ziehen, hat die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales beim Institut für Arbeit und Wirtschaft ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse den Kern dieser Veröffentlichung bilden. Es macht deutlich, dass in den Bremer Quartieren bereits zahlreiche Angebote bestehen, die die Funktion von Quartierszentren mit abdecken, dass es aber dennoch einen Bedarf an Koordination und Weiterentwicklung gibt. Dieses Buch ist eine sehr gute Grundlage, um die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung zwischen den Trägern der Angebote, den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtteile und der Stadt zu diskutieren – mit dem Ziel, dem sozialen Zusammenhalt in Bremen noch näher zu kommen.

### Dr. Karl Bronke

Abteilungsleiter Soziales bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen

## Inhaltsverzeichnis

1	Einfü	ihrung	9
	1.1 E	Entwicklung der Fragestellung	9
		Arbeitsauftrag und Untersuchungsschritte	
2	Quar	tierszentren, sozialer Zusammenhalt und integrierte Politikans	ätze 10
	2.1 S	Soziale Ausgrenzung und integrierte Politikansätze	10
	2.1.1	Neue soziale Ungleichheiten	10
	2.1.2	Ebenen der sozialen Stadtpolitik	12
	2.1.3	Integrierte soziale Quartiers- und Stadtentwicklungspolitik	13
		Rotgrüne Sozialpolitik in Bremen	
	2.2 L	eistungen der Quartierszentren für den sozialen Zusammenhalt	
	2.2.1	Sozialer Zusammenhalt	
		Quartierszentren als Teil einer Gemeinwesenstrategie	
	2.3 Z	Zwischenfazit	22
3	Empi	rische Erhebungen	23
	3.1	Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen	24
	3.1.1	Bewohnertreff "Dünenwind"	24
	3.1.2	Bremer Bürgerhäuser	
		3.1.2.1 Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland	
		3.1.2.2 Bürgerhaus Hemelingen	28
		3.1.2.3 Bürgerhaus Mahndorf	
		3.1.2.4 Bürgerhaus Oslebshausen	
		3.1.2.5 Bürgerhaus Weserterrassen	
		3.1.2.6 Bürgerzentrum Neue Vahr	
		3.1.2.7 Gustav-Heinemann-Bürgerhaus	
		3.1.2.8 Nachbarschaftshaus Helene Kaisen	
	3.1.3	- G	
		Familien- und Quartierszentrum Neue Vahr Nord	
		Familienzentrum Mobile	
		Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße	
	3.1.7		
	3.1.8	Haus der Zukunft	
	3.1.9		
		) Mütterzentren	
		Nachbarschaftshaus Marßel	
		2 Quartiersbildungszentrum Blockdiek	
	3.1.13	3 Quartiersbildungszentrum Robinsbalje	59

	3.2 Planungen	
	3.2.1 Kinder- und Familienzentren von KiTa Bremen	
	3.2.2 Sport- und Bürgerzentrum Marßel	
	3.2.3 Quartiersbildungszentrum Gröpelingen	
	3.2.4 Quartierszentrum "Schweizer Viertel"	
	3.3 Exkurs: Unterstützung für Ältere und kirchliche Träger	
	3.3.1 Dienstleistungszentren	
	3.3.2 Zion – Sozialdiakonisches Stadtteilzentrum	71
	3.4 Strukturierte Zusammenfassung über die Quartierszentren	
	im Bremer Stadtgebiet	
	3.4.1 Quartierszentren mit breitem Angebot	
	3.4.2 Quartierszentren mit Angebotsschwerpunkt	
	3.4.3 Schlussfolgerungen	/3
4	Andreader Evolution desferres Occasions	70
4		
	4.1 Auswertung des Armuts- und Reichtumsberichts	78
	4.2 Auswertung Sozialmonitoring	84
	4.3 Ergebnis der Bedarfsanalyse für Quartierszentren	
	4.3.1 Quartiere mit Handlungsbedarf	90
	4.3.2 Quartiere mit Prüfungsbedarf	91
	4.3.3 Quartiere mit angemessener Grundstruktur	92
_		
5		0.4
	Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen	
	5.1 Politischer Handlungsbedarf	
	5.2 Förderkonzept Quartierszentren	
	5.2.1 Förderziele	
	5.2.2 Förderung	
	5.2.3 Umsetzung	98
6	6 Literatur	99

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Ubersicht Bewohnertreff "Dünenwind"	25
Abbildung 2:	Übersicht Bremer Bürgerhäuser	27
Abbildung 3:	Übersicht Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland	28
Abbildung 4:	Übersicht Bürgerhaus Hemelingen	
Abbildung 5:	Übersicht Bürgerhaus Mahndorf	
Abbildung 6:	Übersicht Bürgerhaus Oslebshausen	31
Abbildung 7:	Übersicht Bürgerhaus Weserterrassen	32
Abbildung 8:	Übersicht Bürgerzentrum Neue Vahr	33
Abbildung 9:	Übersicht Gustav-Heinemann-Bürgerhaus	34
Abbildung 10:	Übersicht Nachbarschaftshaus Helene Kaisen	35
Abbildung 11:	Übersicht Bürger- und Sozialzentrum Huchting	37
Abbildung 12:	Übersicht Familien- und Quartierszentrum Neue Vahr Nord	
Abbildung 13:	Übersicht Familienzentrum Mobile	41
Abbildung 14:	Übersicht Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße	43
Abbildung 15:	Übersicht Häuser der Familie	45
Abbildung 16:	Übersicht Haus der Zukunft	49
Abbildung 17:	Übersicht Kultur-, Bildungs- und Kommunikationszentrum	51
Abbildung 18:	Übersicht Bremer Mütterzentren	52
Abbildung 19:	Übersicht Mütterzentrum Osterholz-Tenever	53
Abbildung 20:	Übersicht Mütterzentren Vahr, Blumenthal,	
	Huchting undBlockdiek	54
Abbildung 21:	Übersicht Mütterzentrum Neustadt	
Abbildung 22:	Übersicht Nachbarschaftshaus Marßel	57
Abbildung 23:	Übersicht Quartiersbildungszentrum Blockdiek	
Abbildung 24:	Übersicht Quartiersbildungszentrum Robinsbalje	61
Abbildung 25:	Übersicht Kinder- und Familienzentren von KiTa Bremen	
Abbildung 26:	Übersicht Sport- und Bürgerzentrum Marßel	
Abbildung 27:	Übersicht Quartiersbildungszentrum Gröpelingen	
Abbildung 28:	Übersicht Quartierszentrum "Schweizer Viertel"	
Abbildung 29:	Übersicht Dienstleistungszentren	
Abbildung 30:	Übersicht Zion – Sozialdiakonisches Stadtteilzentrum	
Abbildung 31:	Quartierszentren mit einem breiten Angebot und Angebotsschwerpunkt	.74
Abbildung 32:	Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen	76
Abbildung 33:	Ortsteile in der dritten und vierten Gruppe des	
	Armuts- und Reichtumsberichts	81
Abbildung 34:	Ortsteile eingefärbt nach den vier Gruppen des	
	Armuts- und Reichtumsberichts	82
Abbildung 35:	Lage aller durch das Sozialmonitoring erfassten Vermutungsgebiete	86
Abbildung 36:	Lage der Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen	
	sowie Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichts	
	und des Sozialmonitoring	
Abbildung 37:	Gebiete mit empfohlenem Handlungs- und Prüfungsbedarf	93

## Abkürzungsverzeichnis

ALG Arbeitslosengeld

AlSo Nord Arbeitslosen- und Sozialberatung Nord

ARB Armuts- und Reichtumsbericht

argab Arbeitsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger

AWO Arbeiterwohlfahrt

BGH Bürgerhaus

BGO Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland

bus Bürger- und Sozialzentrum Huchting

DLZ Dienstleistungszentrum
DRK Deutsches Rotes Kreuz

EPSYMO Elternverein für PSYchoMOtorische

Entwicklungsförderung e.V.

EU Europäische Union

FuQZ Familien- und Quartierszentrum

GEWOBA GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen

GWA Gemeinwesenarbeit HdF Haus der Familie HdZ Haus der Zukunft

ibs Institut für Berufs- und Sozialpädagogik e.V.

JUS Bremer Jugendhilfe und soziale Arbeit gGmbH

KuBiKo Kultur-, Bildungs- und Kommunikationszentrum

MüZe Mütterzentrum

PafüM Projekt "Paten für Migranten"
QBZ Quartiersbildungszentrum

SGB Sozialgesetzbuch

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands VaJa Verein für akzeptierende Jugendarbeit e.V.

VHS Volkshochschule

WiN Programm "Wohnen in Nachbarschaften"

## 1 Einführung

In diesem Kapitel werden zunächst Hintergrund und Untersuchungsmethode des vorliegenden Gutachtens erläutert.

## 1.1 Entwicklung der Fragestellung

Im Juni des Jahres 2009 veröffentlichte der Senat den ersten Armuts- und Reichtumsbericht für das Bundesland Bremen. Es folgten politische Beratungen über die Ergebnisse der Berichterstattung in der Bremischen Bürgerschaft. Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen forderte das Parlament den Senat auf, die Förderung von Quartierszentren auszuweiten (SPD/Bündnis 90/Die Grünen: 2009)<sup>1</sup>. Daraus ergab sich die grundlegende Fragestellung, welche Quartierszentren bereits in der Stadtgemeinde Bremen existieren. Darüber hinaus galt es zu klären, welche Bedarfe für die Weiterentwicklung bestehen und wie schließlich eine geeignete Förderung gestaltet werden könnte.

## 1.2 Arbeitsauftrag und Untersuchungsschritte

Das vorliegende "Gutachten über die Weiterentwicklung und Förderung von Quartierszentren im Bereich der Stadtgemeinde Bremen" beantwortet die gestellten Fragen. Es enthält eine Beschreibung der bestehenden Quartierszentren, analysiert den Handlungsbedarf und schlägt ein Gesamtkonzept für die strukturierte Weiterentwicklung von Quartierszentren vor. Das Gutachten gliedert sich in vier Abschnitte:

- *Kapitel 2* erläutert die Entstehung "neuer sozialer Ungleichheiten" und die Funktion von Quartierszentren für den sozialen Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft,
- *Kapitel 3* enthält eine Bestandsanalyse bestehender Quartierszentren in der Stadtgemeinde Bremen,
- *Kapitel 4* analysiert den Bedarf für die Weiterentwicklung, Neugründung und bessere Vernetzung von Quartierszentren und
- das Kapitel 5 skizziert abschließend Eckpunkte für ein Förderkonzept.

<sup>1</sup> "(...) durch die weitere Förderung von Quartiersbildungszentren an Schulen und die Weiterentwicklung von Kindergärten zu Familienzentren den Austausch unter den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen zu intensivieren. Eine besondere Bedeutung haben dabei stadtteilübergreifende Projekte, die das Auseinanderdriften von Quartieren vermeiden. (...)"

## 2 Quartierszentren, sozialer Zusammenhalt und integrierte Politikansätze

Das zweite Kapitel des vorliegenden Gutachtens erläutert zunächst die Entwicklung "neuer sozialer Ungleichheiten" und des integrierten Handlungsansatzes als Gegenstrategie (2.1). Darüber hinaus beschreibt das Kapitel die Funktion von Quartierszentren (QZ) für den sozialen Zusammenhalt (2.2) und schließt mit einem Zwischenfazit (2.3) ab.

## 2.1 Soziale Ausgrenzung und integrierte Politikansätze

Die folgenden Abschnitte erklären die Entwicklung der neuen Ausgrenzungstendenzen (2.1.1), die Ebenen der sozialen Stadtpolitik (2.1.2), integrierte Vorgehensweisen (2.1.3) sowie deren Umsetzung in der Stadtgemeinde Bremen (2.1.4).

## 2.1.1 Neue soziale Ungleichheiten

In den 1990er Jahren trat eine neue Qualität sozialer Ungleichheiten zum Vorschein, die neue gesellschaftliche Ausgrenzungstendenzen hervorbrachte und sich zunächst in den Städten ausprägte. Während der wirtschaftliche Strukturwandel bereits seit Ende der 1970er Jahre vor allem in den städtischen Ballungsgebieten zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und des Transferleistungsbezugs geführt hatte, stellte die neue Entwicklung jedoch eine neue Qualität dar. Denn neben der klar abgrenzbaren Bevölkerungsgruppe der Erwerbslosen erfasste das Armutsrisiko nun eine größere Anzahl von Personen, die trotz Erwerbsarbeit in gefährdetem Wohlstand lebten. Dazu gehörten insbesondere gering Qualifizierte, aber auch Teile der Mittelschicht. Das entscheidende Kriterium bestand nun nicht länger in der Arbeitslosigkeit, sondern im Risiko für Arbeitsplatzverlust und sozialen Abstieg (Prigge 2008: 3f.). Klaus Dörre unterteilt die Arbeitnehmer/innen in drei Gruppen. Die "Zone der Entkoppelung" beinhaltet zunächst die Personen, die sich immer wieder in längeren Phasen der Arbeitslosigkeit wiederfinden. Die "Zone der Prekarität" umfasst Arbeitnehmer/innen, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Dazu zählen Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie niedrige Löhne. Derzeit bilden die atypischen Arbeitsverhältnisse, die von der Norm der tariflich abgesicherten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen abweichen, noch die Ausnahme. Gerade bei jungen Erwerbstätigen nimmt der Anteil der prekären Jobs jedoch zu. Besonders die Zahl der befristeten Tätigkeiten steigt an. Die dritte "Zone der Integration" umfasst zuletzt die Normalarbeitsverhältnisse. Klaus Dörre beobachtet hier jedoch "Verunsicherte", die sich trotz sicherer Beschäftigung um ihren Arbeitsplatz sorgen, sowie tatsächlich "Abstiegsgefährdete", die von Erwerbslosigkeit oder dem Abstieg in eine prekäre Tätigkeit bedroht sind (Hans-Böckler-Stiftung 2006: 4). Holger